

## Offener Brief an den Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit

Berlin, den 14.9.1992

Herrn Carl Dieter Spranger

Beweisen Sie Mut, Herr Minister !

Sehr geehrter Herr Spranger,

seitdem Sie das Amt des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit bekleiden, ist es Ihnen gelungen, die Verteidigung der Menschenrechte zu einem offensichtlichen Schwerpunkt Ihrer Arbeit zu machen. Dieses Engagement finden wir als eine der ältesten deutschen entwicklungspolitischen Organisationen sehr begrüßenswert. Wie ernst es Ihnen mit der Verteidigung von Menschenrechten wirklich ist oder ob es sich bei Ihren diesbezüglichen Äußerungen nur um öffentlichkeitswirksame Makulatur handelt, können Sie jetzt unter Beweis stellen:

Ergreifen Sie Partei für die 240.000 Menschen im indischen Narmada-Tal, deren Heimat unter Wasser gesetzt werden soll, deren jahrhundertalte Kultur dadurch zerstört und deren Existenzgrundlage vernichtet wird. Steigen Sie aus aus dem gigantomanischen Narmada-Projekt. Ergreifen Sie Partei gegen die maßlose Bereicherung einiger weniger Bauern, Bauunternehmer und Politiker. Werfen Sie die gewichtige deutsche Stimme in der Weltbank zugunsten dieser 240.000 bedrohten Menschen in die Waagschale. Denn auch Sie wissen: Das Narmada-Projekt ist nicht mehr zu halten!

Unsere kürzlichen Gespräche in Ihrem Ministerium haben klargestellt, daß das Projekt nicht der Trinkwasserversorgung dient. Es wurde weder für diesen Zweck projektiert noch geplant. Die dringend benötigte Trinkwasserversorgung wäre "billiger" zu haben: Ohne die Überschwemmung ausgedehnter Waldgebiete, ohne die Umsiedlung hunderttausender Menschen. Den Profit aus den Bewässerungsmöglichkeiten durch das Narmada-Projekt haben einige wenige Großbauern, die Zuckerrohr und Tabak für den Export anbauen werden. Die Nahrungsmittelproduktion in der Region wird zurückgehen und die Grundnahrungsmittel verteuern, Arbeitsplätze gehen verloren, da Zuckerrohr- und Tabakanbau nicht arbeitsintensiv sind. Die Folgen großangelegter Bewässerungsprojekte - wie Versumpfung und Versalzung - sind hinlänglich bekannt. Wenn Sie die Betroffenen, die sich heute in der "Rettet-die-Narmada-Bewegung" zusammengeschlossen haben, doch nur einmal gefragt hätten, bevor Sie Ihre Zustimmung dafür gaben, daß die Heimat dieser Menschen unter Wasser gesetzt und zubetoniert wird. Der 350seitige Bericht der von der Weltbank eingesetzten unabhängigen Morse-Kommission hat überzeugend dargelegt, daß die geplanten Umsiedlungen gegen allgemein anerkannte Menschenrechte verstoßen. Allein der Stausee wird 100.000, die Kanäle weitere 140.000 Menschen vertreiben, unter ihnen ein hoher Prozentsatz indischer Stammesbevölkerung. Insbesondere diese Stammesbevölkerung will das von ihnen seit Hunderten von Jahren besiedelte und bebaute Land nicht verlassen. Eine Zwangsumsiedlung in der vorgesehenen Form verstößt gegen die ILO-Konvention 107 und gegen weltbankinterne Richtlinien. Neben diesen grundsätzlichen Erwägungen sprechen die katastrophalen Erfahrungen, die seit 40 Jahren in Indien mit Umsiedlungen gemacht worden sind, gegen das Projekt: Millionen von Menschen, die vor zehn, zwanzig, dreißig Jahren umgesiedelt wurden, sind bis auf den heutigen Tag nicht angemessen entschädigt. - Was verleitet Sie zu der Annahme, in diesem einen Fall könne es gelingen?

Die Weltbank genießt in Kreisen potentieller Geldgeber (und wie Sie wissen, braucht das Projekt viele Geldgeber neben der Weltbank) ein hohes Ansehen und verleiht dem Projekt durch ihre Unterstützung eine Glaubwürdigkeit, die nicht gerechtfertigt ist. - Nach übereinstimmender Ansicht der indischen Kritiker würden potentielle Investoren sofort das Interesse am Narmada-Projekt verlieren, sobald die Weltbank aussteigt.

Sehr geehrter Herr Minister, wir wissen, daß es inzwischen nicht mehr Politik Ihres Ministeriums ist, gigantomanische Großprojekte zu finanzieren. Wir wissen, daß auch innerhalb der Weltbank die Stimmen lauter werden, die solche Großprojekte verurteilen. Wir und Sie wissen, daß es alternative Ansätze gibt, um die Probleme des Narmadatal zu lösen. Bereits jetzt müssen Sie dafür gradestehen, daß 250 (der insgesamt 450 bewilligten) Millionen US-Dollar ausgezahlt worden sind, ohne daß die damit verknüpften Bedingungen von der indischen Regierung erfüllt wurden. Aber diese Fehlentscheidung aus dem Jahre 1985, als Sie es vielleicht wirklich noch nicht besser wußten, kann doch nicht Anlaß sein, weitere 200 Millionen Dollar in den Sand zu setzen und die Existenz von 240.000 Menschen zu gefährden!

Wir fordern Sie auf, deutsche Steuergelder nicht in einer Weise zu verwenden, die die Entwurzelung und Zwangsvertreibung hunderttausender Menschen zur Folge haben.

Wir fordern Sie auf, keine Vorhaben zu finanzieren, die verheerende, unumkehrbare ökologische Verwüstungen nach sich ziehen.

Wir fordern Sie auf, Projekten nicht zuzustimmen, wenn die Betroffenen nicht gefragt wurden, sondern stattdessen die reiche Kultur und das tiefe Wissen der Bevölkerung in Lösungsansätze einzubeziehen.

Wir fordern Sie auf, das Gewicht der deutschen Stimme in der Weltbank in diesem Sinne zu nutzen. Im Fall des Narmada-Projektes kann das nur "sofortiger Ausstieg" heißen.

Gewiß, es ist nicht einfach, eine Fehlentscheidung zuzugeben. Es wäre sogar das erste Mal, daß die Weltbank oder Ihr Ministerium soviel Courage an den Tag legten. Zeigen Sie Mut, Herr Minister !

Mit freundlichen Grüßen,

Ihre  
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt

Shalini Randeria, 1. Vorsitzende